

## Wichtige Positionen der FPÖ im Bereich der Außenpolitik

Die FPÖ möchte eine Neuausrichtung der österreichischen Außenpolitik. Es brauche eine:

### Äquidistanz gegenüber den USA und Rußland

Wie es uns der Respekt vor der **NEUTRALITÄT** gebietet. Die seit Jahren von rot und schwarz betriebene einseitige Anbieterung an EU und USA, auch durch das Mittragen der noch dazu völkerrechtlich völlig ungerechtfertigten Wirtschaftssanktionen gegen Rußland, schadet Österreich enorm und ist eine Gefahr für die Sicherheit unseres Landes. Die FPÖ sagt: Österreich muß bestrebt sein, überall in der Welt Freunde zu haben und sich nicht einseitig einer Supermacht unterzuordnen wie derzeit.

### Einstellung zur EU-Mitgliedschaft

Die FPÖ ist nicht für einen Austritt aus der EU, sie wird aber auch keinen totalen und kritiklosen Unterwerfungsakt unter die EU in einer Regierungserklärung unterschreiben, wie dies Jörg Haider am Beginn der schwarz-blauen Koalitionsregierung von 1999 zum Entsetzen vieler machte. Dies stellten FPÖ-Spitzenfunktionäre bereits mehrfach klar. Es müsse in einigen Bereichen auf Reformen gedrängt werden und dazu sei eine Zusammenarbeit mit den Visegrad-Staaten (Ungarn und Polen, Tschechien und Slowakei) aufzubauen. Sollte die EU tatsächlich weitere Zentralisierungsschritte anpeilen wie **einen** Finanzminister für alle Mitgliedstaaten, Steuerhoheit über alle EU-Staaten, wie in Brüssel bereits im Gespräch, usw., dann müsse per Mehrheitsentscheidung des Gesamtvolkes auch der Austritt eine demokratische Alternative bleiben. Dies gilt laut FPÖ auch dann, sollte die EU den Beitritt der Türkei zur EU tatsächlich beschließen.

*Impressum/für den Inhalt verantwortlich:  
Initiative Heimat & Umwelt, 3424 Zeiselmauer, Hageng. 5.*

## INITIATIVE Heimat & Umwelt

IHU

Dieses Info-Blatt einer seit vielen Jahren wirklich unabhängigen Bürgerinitiative entstand aus Verantwortungsgefühl für Österreich. Es wurde finanziert aus ausschließlich freiwilligen Kostenbeiträgen bewußter, nicht parteigebundener Staatsbürger, und wird verteilt von ausschließlich ehrenamtlichen Mitarbeitern. Wir führen seit fast 30 Jahren große Informations- und Aufklärungsaktionen an der Basis durch und geben in all den Jahren auch eine eigene Zeitschrift, die „Wegwarte“, heraus. Wir haben zwei bundesweite Volksbegehren organisiert und durchgeführt, zuletzt im Juni 2015 das „EU-Austritts-Volksbegehren“, das von 261.056 Mitbürgern unterzeichnet wurde, praktisch ohne jede Medienunterstützung.

*Obfrau der Initiative: Inge Rauscher*

**Kontakt**daten: p.A. 3424 Zeiselmauer, Hageng. 5

Tel. 02242/70516 oder 0664/425 19 35

E-mail: ihu@a1.net [www.heimat-und-umwelt.at](http://www.heimat-und-umwelt.at)

### Österreich steht an einem Wendepunkt!

Noch nie war die Lage so ernst wie heute. Ohne eine entscheidende, nicht nur kosmetische Änderung der Regierungszusammensetzung nach dieser Wahl stehen wir vor dem Untergang eines „österreichischen“ Österreichs - in kultureller, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht. Die Opposition kann noch so durchdachte Vorschläge, Anträge usw. im Parlament bringen, sie wird immer von den Regierungsparteien überstimmt werden! **Reale Umsetzungsmöglichkeiten hat eben nur die Regierung** - das ist vielen Bürgern gar nicht bewußt. Und die neu antretenden Splittergruppen werden vor allem den Effekt haben, neuerdings eine rot-schwarze oder schwarz-rote Regierungsmehrheit herbeizuführen. Wer weiß, ob sie nicht sogar nur zu diesem Zweck gegründet wurden.

**Den einzigen Rettungsanker, den wir weit und breit sehen, haben wir in dieser Kurzinformation dargestellt. Aber einen Rettungsanker muß man auch ergreifen! Auf jeden Fall haben wir es selbst in der Hand, das Ruder noch herumzureißen und dem Schicksal unseres Landes eine positive Wende zu geben. Es wird möglicherweise unsere letzte Chance dazu sein.**

## Ende der rot-schwarzen Koalitionsregierung

### bei dieser Wahl

### nur mit einer gestärkten FPÖ möglich!

*Ein Informationsblatt der „Initiative Heimat & Umwelt“*

Ob rot-schwarz oder schwarz-rot ist völlig egal, das würde keinen Unterschied machen. Der plötzlich türkise **Kurz** ist nur eine andere Verpackung für das gleiche Produkt, nämlich die ÖVP. Als bereits **seit über sechs Jahren amtierendes Regierungsmitglied** der „großen Koalition“ hat er auch die **illegale Masseneinwanderung** in diesen Jahren mit ihren verheerenden Folgen **mitzuverantworten**. Die Situation wird immer dramatischer; bis heute ist etwa der Anteil der Moslems in Österreich auf rund siebenhunderttausend Personen gestiegen. Nach über hunderttausend Illegalen im Jahre 2015 kamen allein im ersten Halbjahr 2017 über 16.000 illegale Migranten völlig unkontrolliert nur über die angeblich geschlossene Balkanroute nach Österreich. **So weit hätte es niemals kommen dürfen!**

Wenn unser **angestammtes Staatsvolk**, das dieses Land durch Generationen hindurch aufgebaut hat, noch eine Chance haben will, **auch morgen noch die Mehrheit** darzustellen, wird das nur möglich werden, wenn die FPÖ bei der Nationalratswahl so viele Stimmen bekommt, daß sie in der Regierung mitbestimmen kann. Deshalb unterstützen auch wir als **seit bald 30 Jahren unabhängige und freie Arbeitsgemeinschaft** bei dieser Wahl die FPÖ, und zwar freiwillig und aus Überzeugung, **und auf eigene Kosten**. Näheres im Inneren dieses Blattes.

*Auf den nächsten Seiten:*

### Was Sie über die Medien nicht erfahren können.

# Warum langjährige Unabhängige bei dieser Wahl die FPÖ unterstützen

Wegen ihrer Entschlossenheit zur Wiedereinführung von **GRENZKONTROLLEN, eines GRENZSCHUTZES und notfalls einer SCHLIEßUNG der GRENZEN gegen die illegale Masseneinwanderung.** Die FPÖ ist die einzige Partei, die diese Maßnahmen seit Jahren vertritt und nicht erst kurz vor Wahlen „entdeckt“. Daher ist sie auch die einzige, der man deren Umsetzung auch nach der Wahl zutrauen kann. Sie verlangt auch seit Jahren den einzig richtigen Ansatz zur **EINDÄMMUNG DER MIGRANTENSTRÖME:** Sozialleistungen an Einwanderer darf es erst geben, nachdem diese mindestens 5 Jahre eine geregelten Arbeit hier in Österreich nachweisen können. Dies wurde von den anderen Parteien bisher immer abgelehnt! Damit würde der finanzielle Anreiz zur Einwanderung schnell wegfallen. Auch die Forderung auf betreute Auffanglager in Nordafrika und Prüfung von Asylverfahren ebendort wurde als erste von der FPÖ erhoben und hat voriges Jahr noch Proteststürme im In- und Ausland bis hin zur EU-Zentrale ausgelöst; heute wird sie von allen gutgeheißen. Nur geschehen ist nichts derartiges!

Wegen ihres langjährigen Eintretens für eine **ECHTE DIREKTE DEMOKRATIE NACH SCHWEIZER MUSTER.** Immer wieder in zahlreichen Anträgen im Parlament vorgebracht, von den Anderen ebenso oft abgelehnt, verpflichtete sich die FPÖ im März dieses Jahres endgültig darauf durch einstimmige Annahme eines entspr. „Leitantrags“ beim Bundesparteitag in Klagenfurt. Das wäre die wirkliche **WENDE FÜR ÖSTERREICH:** Bei ausreichend unterstützten Volksbegehren muß darüber zwingend eine Volksabstimmung durchgeführt werden. Und: bei einer ausreichenden Zahl von Bürgerunterschriften muß - wie in der Schweiz - eine **„VETO-VOLKSABSTIMMUNG“** abgehalten werden, mit der auch bereits im Parlament beschlossene Gesetze wieder zu Fall gebracht werden können. Mit diesen Instrumenten können auch für unsere Bürger wirklich schädliche Vor-

gaben aus „Brüssel“ zumindest für unser Land unwirksam gemacht werden. Das gilt insbesondere für die Handelsabkommen der EU mit Kanada (CETA), den USA (TTIP), und Japan (JEFTA). Kern und Kurz haben deren „vorläufiger Anwendung“ in Brüssel im Februar dieses Jahres bereits zugestimmt, das endgültige Inkrafttreten kann also nur mehr durch eine Volksabstimmung verhindert werden. Die FPÖ war von Anfang an gegen diese unfairen und für die heimische Landwirtschaft und den gesamten Mittelstand desaströse Abkommen.

Wegen der klaren Haltung der FPÖ **GEGEN EINEN BEITRITT DER TÜRKEI ZUR EU,** der in Brüssel nach wie vor an der Tagesordnung ist. Nicht nur der österr. EU-Kommissar Hahn (ÖVP) tritt in Brüssel immer noch dafür ein.



**„ÖSTERREICH ZUERST!“**

*Heinz-Christian Strache und sein Vize Norbert Hofer*

Wegen der langjährigen Forderung der FPÖ auf **AUSSTIEG AUS DEM EURATOM-VERTRAG.** Auch dieser wurde von rot und schwarz immer abgelehnt. Seit 23 Jahren zahlen Österreichs Steuerzahler jährlich zig Millionen Euro nach Brüssel zur Förderung der Atomenergie!

Wegen ihres erfolgreichen Kampfes für die **ABSCHAFFUNG DES PFLEGEREGRESSSES.** Jahrelang wurde dieser immer wieder von der FPÖ im Parlament gefordert und immer wieder wurde er von rot und schwarz abgelehnt. Erst kurz vor den Wahlen stimmten dann auch sie dieser Riesenerleichterung für zigtausende Familien zu.

Wegen der Gegenwehr der Freiheitlichen **GEGEN DIE GEPLANTE ABSCHAFFUNG DES BARGELDES.** Im Vorjahr brachte die FPÖ dazu bereits eine Petition im Parlament ein, im Juni 2017 den Antrag, daß das Recht auf unbeschränkte Verwendung von Bargeld in der österr. Verfassung festgeschrieben werden möge. Die anderen Parteien, auch die Kurz-ÖVP, stimmten gegen diesen Antrag.

Wegen der von der FPÖ geplanten **AUFWERTUNG DES RECHNUNGSHOFS.** Seit vielen Jahren macht der Rechnungshof sehr gute Einsparungsvorschläge für den Gesamthaushalt. Der jüngste Bericht zeigt, wie fast 5 Milliarden Euro jährlich einzusparen wären. Aber die bisherigen Regierungen haben sich nie darum gekümmert. Die FPÖ will eine Schnittstelle zwischen Parlament und Rechnungshof mit eigenen Kompetenzen einführen, damit diese Vorschläge endlich in die Tat umgesetzt werden.

Wegen ihrem eindeutigen **BEKENNTNIS ZUR FAMILIE VON MUTTER, VATER UND KIND(ERN).** Nur diese Lebensform ist die Keimzelle des Staates, schafft Zukunft für ein Volk und verdient daher den Schutz und die Förderung des Staates. Natürlich auch die alleinerziehenden Mütter oder Väter.

Wegen ihrer klaren **ABLEHNUNG DES GEPLANTEN IMPFZWANGS,** den sie zurecht als „totalitär“ bezeichnet. Die FPÖ sprach sich im Parlament mehrfach dagegen aus. In Italien wurde dieser vor kurzem Gesetz, was riesige Protestaktionen der Bevölkerung auslöste.